

Parlamentarischer Vorstoss GGR

Eingang : 28.05.2025

Bekanntgabe im GGR : 17.06.2025

Überweisung im GGR : 17.06.2025

Stadtkanzlei
Ivano de Gobbi, Präsident GGR
Stadthaus
CH-6300 Zug

Zug, 28. Mai 2025

Maria Hügin, mariahuegin@datazug.ch
Mathias Wetzel, mathias.wetzel@gmx.ch

Postulat: Für mehr Tempo und Verbindlichkeit im Wohnungsbau – Hemmnisse in der Stadtverwaltung abbauen

Begründung

In Zug besteht unbestritten ein grosser Bedarf an zusätzlichem Wohnraum – insbesondere im mittleren und unteren Preissegment. Trotz vielfältiger politischer Vorstösse, planerischer Grundlagen, verfügbaren Grundstücken und bauwilliger Organisationen und Investoren kommt der Wohnungsbau dennoch nur schleppend voran. Es stockt bei der Umsetzung von konkreten und unbestrittenen Projekten, insbesondere auch was die städtischen Liegenschaften und Areale anbelangt. Im Jahr 2024 wurden lediglich 20 neue Wohnungen bewilligt, im Jahr 2023 waren es schon nur 40, wobei gleichzeitig im Jahr 2024 zwei und im Jahr 2023 14 Wohnung abgebrochen wurden (Quelle: Jahresbericht des Stadtrates 2024, S. 133).

Immer wieder wird in politischen Diskussionen, Medienberichten und Rückmeldungen von Projektträgern deutlich, dass ein zentraler Engpass in der internen Bearbeitung durch die Stadtverwaltung liegt. Genannt werden unklare Zuständigkeiten, mangelnde personelle Ressourcen sowie langwierige Prozesse in der Erarbeitung von Baurechtsverträgen oder der Begleitung von Bebauungsplänen vor allem bei städtischen Arealen. Projekte mit erheblichem Potenzial – etwa im Areal Steinlager oder in der äusseren Lorzenallmend – bleiben in der Planungsphase stecken oder kommen kaum vom Fleck.

Hinzu kommt: Bauwillige, auch gemeinnützige Träger wie die Korporation Zug oder Genossenschaften, stehen bereit. Das Investitionsinteresse ist da – es fehlt jedoch an Klarheit, Tempo und Verbindlichkeit von Seiten der Stadt. Beim Bebauungsplan Herti Süd (Projekt Oesch) liesse sich allenfalls zum Beispiel durch den Erwerb des Anteils preisgünstigen Wohnraums durch die Stadt der gordische Knoten lösen. Das Areal ist prädestiniert für mehr durchmischten Wohnraum in Zug.

Der Tenor in der Bevölkerung ist eindeutig und spiegelt sich in den politischen Debatten rund um Abstimmungen zum Wohnungsbau in Zug. Die Stadtbevölkerung erwartet, dass die Politik beim Thema Wohnraum handelt – pragmatisch und wirksam.

Die FDP-Fraktion ist überzeugt: Wenn wir das Ziel einer nachhaltigen Wohnraumversorgung ernst nehmen, müssen wir gerade auch die hausgemachten Hindernisse angehen. Der Fokus gehört auf lösungsorientiertes Handeln, nicht auf das Verwalten des Status quo. Dazu braucht es mehr Transparenz, Effizienz und Priorisierung innerhalb der Verwaltung.

Antrag

Der Stadtrat wird beauftragt, dem Grossen Gemeinderat einen Bericht mit konkreten Massnahmen vorzulegen, wie die Umsetzung von Wohnbauprojekten – insbesondere im mittleren und unterem Preissegment – spürbar beschleunigt und erleichtert werden kann. Insbesondere ist darzulegen:

1. **Wie die internen Abläufe der Verwaltung effizienter organisiert und besser koordiniert werden können**, um längere Verzögerungen bei der Bearbeitung von Projekten zu vermeiden;
2. **Wie die personellen Ressourcen gezielt verstärkt werden können**, um die parallele Bearbeitung laufender Projekte (z. B. Theilerplatz, Steinlager, Ahornpark, äussere Lorzenallmend) zu ermöglichen;
3. **Wie bei Arealentwicklungen wie dem Steinlager mit klaren Zeitplänen und verbindlichen Verhandlungen Fortschritte erzielt werden können**, insbesondere bei Baurechtsverträgen mit gemeinnützigen Bauträgern;
4. **Ob und unter welchen Bedingungen die Stadt Zug gezielt Grundstücke oder Anteile erwerben kann**, um blockierte Projekte zu entwirren – etwa im Fall Bebauungsplan Herti Süd;
5. **Wie die Stadt insgesamt dafür sorgt, dass sie ihrer Rolle als aktive Partnerin im Wohnbau besser gerecht wird**, auch durch klare Schnittstellen zur Bauherrschaft und mehr Transparenz im Umgang mit Dritten.

Dieses Postulat versteht sich als konstruktiver Beitrag zur Beschleunigung des Wohnungsbaus in der Stadt Zug. Sie zielt nicht auf symbolische Absichtserklärungen, sondern auf konkrete Verbesserungen – im Sinne einer lösungsorientierten liberalen Stadtentwicklungspolitik.

Freundliche Grüsse

Für die FDP-Fraktion

Maria Hügin

Mathias Wetzel